

AN DER SCHWELLE DER NEUZEIT ?

Politische Strukturen Polens und Mitteleuropas um 1490

Von Stanislaw Russocki

Vom Gesichtspunkt des Forschers politischer Strukturen erweckt nicht nur das genaue Datum – 1490 – Zweifel, ob die Besitzergreifung des ungarischen Thrones durch die jagiellonische Dynastie tatsächlich einen Umbruch in der Geschichte Mitteleuropas darstellte, sondern auch die Vorstellung von einer „Schwelle der Neuzeit“ regt zu Fragen an. Steckt etwa hinter dieser Vorstellung das konventionelle Bild einer chronologischen Zäsur, oder ging es um die in der deutschen Historiographie verbreitete stillschweigende Annahme, daß ein frühmoderner Staat, der als Fürsten-, institutionalisierter Beamten- oder schließlich Flächenstaat die Ansätze zu einem neuen Typus der Verfassung in sich trägt, sich von dem für das eigentliche Mittelalter typischen Personenverbandstaat unterscheidet?

Nach Meinung des Verfassers wiesen schon von Beginn ihrer Staatlichkeit an Böhmen, Polen und Ungarn so viele gemeinsame strukturelle Eigenschaften auf, daß es begründet erscheint, sie als Region unseres Kontinents unter dem Namen Mitteleuropa oder auch Ostmitteleuropa auszusondern.

Zu jenen gemeinsamen Eigenschaften gehören vorrangig die folgenden historischen Erscheinungen: die geringfügige Rolle des Lehenswesens inmitten der politischen Bindungen; dank dem System der Burgbezirke (vom Typus der Burgwarde) spielte der territoriale Aspekt beim Aufbau der staatlichen Herrschaft eine bedeutende Rolle (dieser Aspekt war für den Zentralisierungsprozeß der Herrschaft im 14. Jahrhundert nicht weniger wichtig); die Transpersonalisation des Staates (*Corona regni*) war mit dem Grundsatz der Unveräußerlichkeit des staatlichen Territoriums und dem Streben nach seiner Vergrößerung verbunden; es gab hier früher als in vielen anderen Staaten (14. Jahrhundert) Versuche einer Zentralisierung der Herrschaft, die vom Ende dieses Jahrhunderts an durch den Ständestaat aber gehemmt wurden.

Diese letztere Tendenz, die sich zuerst in Ungarn schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts ausbildete, war den polnischen Entwicklungen in zweierlei Hinsicht ähnlich: durch die faktische Eliminierung der Städte aus der „politischen Nation“ sowie durch die formalrechtliche Ausgleichung der de facto unablässig miteinander rivalisierenden Herren und der Schlachta. Die Situation in Böhmen war dagegen dadurch gekennzeichnet, daß die Städte am politischen Leben teilnahmen und das schwache, ansässige Rittertum in ständigen Machtkämpfen mit den einflußreichen Herren rivalisierte; ein zusätzliches Merkmal dieser staatlichen Organisation war der Prozeß einer schnellen und ungewöhnlichen Demokratisierung des öffentlichen Lebens infolge der hussitischen Revolution.

Nach dem Erlöschen der polnischen Piasten-Dynastie (1370) und der fünfzehn Jahre währenden Regierungszeit der Anjous (Ludwig der Große und seine Tochter Hedwig, die mit dem litauischen Großfürsten Ladislaus Jagiello vermählt war) begann die fast zweihundert Jahre lange Herrschaft der Jagiellonen.

Obwohl die dynastischen Veränderungen die Integration der Stände intensivierten, und das Bewußtsein innerhalb der politischen Nation wuchs, begann die Oligarchie der kleinpolnischen Herren, der Initiatoren und Realisatoren der polnisch-litauischen Union, anfänglich eine besondere Rolle zu spielen. Ihnen unterlag in gewissem Maße Ladislaus Jagiello, da er die Verbindung dieser Staaten aufrechtzuerhalten sowie einem seiner Söhne die Thronfolge zu sichern bemüht war. Die Rolle der Herren verstärkte sich noch unter Ladislaus III., als dieser auf den ungarischen Thron berufen wurde und sich einige Jahre lang ständig außerhalb Polens aufhielt.

Nach dem Tod von Ladislaus III. im Jahre 1444 erhielt nach langen Verhandlungen sein Bruder Kasimir (1447–1492), der als Großfürst von Litauen herrschte, die königliche Krone. Er war von Geburt an Autokrat und zeichnete sich durch ein außergewöhnliches diplomatisches Talent sowie geschicktes Manipulieren als Personalpolitiker aus. Unermüdlich bemühte er sich, seine Staaten zu einem bewaffneten Kräfteinsatz zu mobilisieren und die notwendigen finanziellen Mittel zur Realisierung seiner großen Politik heranzuschaffen; doch fehlte Kasimir das Verständnis für institutionelle Reformen, die die Position der Monarchie gestärkt hätten; ähnlich wie das auch Maximilian I. von Habsburg im Sinn gehabt hatte.

Während seiner ersten Regierungsjahre bemühte sich Kasimir, die Opposition der ihm abgeneigten kleinpolnischen Herren zu brechen. Schritt für Schritt gelang es ihm, die Mitglieder des königlichen Rates auszuwechseln, und zwar sowohl Bischöfe wie auch weltliche Würdenträger, Beamte der Krone und lokale Verwalter (Starosten). Im Laufe des großen Krieges mit dem Deutschen Orden (1454–1466) mußte Kasimir eine zugkräftige, positive Basis finden. Er erließ eine Reihe von Privilegien zugunsten der Schlachta in jenen Provinzen der Krone, in denen sie dem Kampf abgeneigt war und voller Eifersucht auf die von den Herren, den sogenannten „älteren Brüdern“, eingenommenen Positionen blickte. Auf Grund der erwähnten Privilegien wurde der Schwerpunkt im Bereich der für die Schlachta wichtigsten Beschlüsse über finanzielle Belastungen und den Landsturm, vom Kronrat des Königsreichs, den die Herren dominierten, auf die Provinziallandtage der Schlachta, die sogenannten Sejmiki verschoben. Jedoch nicht für längere Zeit. Wie der hervorragende, unlängst verstorbene Kenner der Epoche, Karol Górski, nachwies, begann Kasimir schon gegen Ende der sechziger Jahre den Grundsatz der Ständevertretung mit all den daraus sich ergebenden Konsequenzen zu forcieren. Über die für den Staat wichtigsten Angelegenheiten sollten gemeinsame Zusammenkünfte des großen königlichen Rates sowie der bevollmächtigten Vertreter der Schlachta der einzelnen Gebiete – insgesamt nicht mehr als 200 Personen – entscheiden. Die während einer solchen Zusammenkunft gefaßten Beschlüsse sollten alle verpflichten, sogar die nicht Anwesenden, falls sie korrekt eingeladen worden waren. Im Jahre 1493, also ein Jahr nach Kasimirs Tod, wird eine derartige allgemeine Zusammenkunft des Königreiches, ein Sejm, zum ersten Mal erwähnt. Sie beriet in zwei Kammern, dem königlichen Rat, dem Senat, und den Abgeordneten der Länder. Der starke Einfluß der Regierung ermöglichte ein vor-

läufiges Gleichgewicht zwischen den aktiven politischen Kräften aus dem Kreis der Herren und der Schlachta. Sonderbarerweise bemühte sich Kasimir um die ökonomische Entwicklung der einzelnen Städte, doch unternahm er keine Schritte, auch ihre politischen Kräfte zu organisieren.

Gegen Ende der Regierungszeit Kasimirs fällt die Bilanz seiner Leistungen im Bereich der Organisation des von ihm mit starker Hand beherrschten Königreiches negativ aus. Die „antiquo modo“ gemäß dem Willen des Königs besetzten Ämter der Krone und des Hofes – tendentiell lebenslang – wurden nicht zu rationell organisierten Organen. Allein die königliche Kanzlei bildete da eine Ausnahme. Es entstand auch kein Geheimer Rat, jedenfalls nicht als spezielles Organ. Das noch zur Zeit der letzten Piasten organisierte System der lokalen Verwaltung mit Hilfe der Starosten, den Vertretern des Königs, wurde immer ineffizienter. Das Finanzwesen war in beklagenswertem Zustand. Die königliche Domäne ging zur Neige, das Eintreiben sowohl der allgemeinen als auch der außergewöhnlichen Abgaben verursachte große Probleme. Die Schulden wuchsen. Trotz aller reformatorischen Versuche war der Landsturm der Schlachta weiterhin Grundlage der Armee. Desolat wirkten die königlichen Gerichte, die in die einzelnen Länder und Provinzen delegiert wurden – die sog. „iudicia terrestria“ sowie die „colloquia generalia“ (in Kleinpolen) und die „termini generales“ (in Großpolen).

Zur Regierungszeit der Nachfolger Kasimirs – seiner Söhne Johann Albrecht (1492–1501) und Alexander (1501–1506) – brach der durch den Vater unterdrückte Konflikt zwischen den Herren und der Schlachta von neuem aus. Johann unterstützte die Schlachta und löste damit die Reaktion eines aufkeimenden oligarchischen Systems aus. So kam es zu einem gleichsam konstitutionellen Kompromiß zwischen der Monarchie, den Herren und der Schlachta auf dem Sejm zu Radom von 1505 mit dem Incipit „Nihil novi“. Der König verpflichtete sich darin, daß er „... nihil novi constitui debeat per nos et successores nostros sine communi consiliariorum nostrorum et nuntiorum terrestrium consensu ...“ Fast ein halbes Jahrhundert lang verstanden es danach noch die beiden letzten Jagiellonen – Sigismund der Alte und Sigismund August –, der Monarchie ihre starke Stellung zu erhalten, eingeschlossen ihre gesetzgeberischen Rechte. Der anwachsende Konflikt zwischen den Herren und der Schlachta, der anfänglich durch die Könige immer wieder beschwichtigt wurde, führte zu einem Sieg der „communitas“ zu Beginn der sechziger Jahre des 16. Jahrhunderts. Im Einvernehmen mit dem König schritt man zur Integration des Staates, zur Inkorporation des königlichen Preußens und vor allem zur realen Union mit Litauen und führte verschiedene Reformen durch. Nach dem Tod des letzten Jagiellonen (1572) und bei der ersten freien Königswahl erlangte die Demokratie der Schlachta, die etwas später von Ausländern als „regimen mixtum“ bezeichnet wurde, gleichsam konstitutionelle Grundlagen in Form der „Artykuly Henrykowskie“ im Jahre 1573 und der sie ergänzenden „Pacta conventa“.

Unserer Meinung nach äußerte sich der Charakter der Verfassung Polens im 16. Jahrhundert – im Sinne des frühmodernen Staates – durch das Bestehen weitgehender Rechte und Freiheiten für die „politische Nation“, also für etwa 10% der Bevölkerung, sowie durch das Bemühen, das Wirken des Staatsapparates auf eine konstitutionelle Grundlage zu stellen. Es herrschte vor allem die Überzeugung, daß Recht über dem König und über der politischen Nation steht.

Nach den zahlreichen Bemühungen zur Zentralisation und Stärkung der königlichen Herrschaft durch die ersten Luxemburger und Angehörigen der Anjou-Dynastie gewannen vom Ende des 14. Jahrhunderts an die politischen Nationen auch in Böhmen und Ungarn nach und nach die Übermacht über die monarchische „maiestas“. Besonders stark zeichnete sich dieser Prozeß während der hussitischen Revolution ab, der sonderbarerweise weder durch die machtvolle Regierung Georgs von Podiebrad (1450–1471) noch von Matthias Corvinus aufgehalten werden konnte (1458–1490). Die spektakulären Errungenschaften dieses letzteren Herrschers im Bereich der Reorganisierung des Finanzwesens, der Vermehrung der königlichen Einkünfte und der Einführung einer ständigen Armee konnten insgesamt die Macht der Magnaten nicht eindämmen. Sofort nach seinem Tod bemühten sie sich wiederum, die Herrschaft im Staat zu übernehmen. In geringem Maße nur wurden diese Versuche durch den Widerstand des mittleren Adels gebremst.

Obwohl das „Wennsagen“ Historikern nicht ansteht, muß man doch den Eindruck haben, daß – wenn Böhmen und Ungarn 1525 nicht unter die habsburgische Herrschaft gelangt wären – Böhmen sich in eine Ständemonarchie mit Übergewicht des „dominium politicum“ über das „dominium regale“ verwandelt hätte.

Diese beiden Regierungsformen scheinen einen ebenso modernen Charakter zu haben wie der, meist dafür als Beispiel angeführte, Fürsten- oder Beamtenstaat.

Wie wir gesehen haben, gestaltete sich die Verfassung des neueren Polens erst im Laufe des 16. Jahrhunderts. Böhmen und Ungarn verblieben bis 1525 am Scheideweg und schwankten zwischen der monarchischen Verfassung, der Oligarchie der Magnaten und dem Ständestaat mit Vorherrschaft der Stände über dem König. Deshalb wurde schon zu Beginn dieser Abhandlung die vorgeschlagene Zäsur für die Periodisierung angezweifelt. Die ständig schwelenden Machtkämpfe zwischen drei grundsätzlichen politischen Kräften – der Monarchie, den Herren und dem niederen Adel, von denen keine Seite jemals ernstere Versuche zu verfassungsrechtlichen Reformen unternommen hatte – scheinen dabei eine spezifische, für die Länder Mitteleuropas gemeinsame Eigenschaft zu sein.

Einer tiefgreifenden vergleichenden Analyse wäre dann aber noch das Phänomen eigenständiger Entwicklungswege in Österreich wert, das derselben Region dieses Kontinents angehörte*.

* Die folgenden neueren Studien betrachten die Problematik Mittel- oder Ostmitteleuropas an der Schwelle zur Neuzeit aus vergleichender Sicht. Russocki, Stanisław: Zwischen Monarchie, Oligarchie und Adelsdemokratie: das polnische Königtum im 15. Jh. In: Das spätmittelalterliche Königtum im europäischen Vergleich. Hrsg. von Reinhard Schneider. Sigmaringen 1987 (Vorträge und Forschungen 32). – Zernack, Klaus: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977. – Kłoczowski, Jerzy: Rozwój środkowo-wschodniej Europy w XV wieku [Die Entwicklung Ostmitteleuropas im 15. Jh.]. In: Sztuka i ideologia XV wieku. Hrsg. von P. Skubiszewski. Warszawa 1978. – Ders.: Europa słowiańska w XIV–XV wieku [Das slawische Europa im 14.–15. Jh.]. Warszawa 1984. – Górski, Karol: *Communitas, princeps, Corona Regni. Studia selecta. Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu*. Bd. 78. H. 1. Warszawa 1976 (Studies Presented to International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions 53). – Baczkowski, Kristof: Elemente der Modernisierung der mitteleuropäischen

Staaten um die Wende des Mittelalters zur Neuzeit. In: Die Bildung des frühmodernen Staates – Stände und Konfessionen. Hrsg. von Heinz Timmermann. Saarbrücken 1989. – Ders.: Specyfika rozwoju środkowo-wschodniej Europy w latach 1386–1526 [Die Spezifik der Entwicklung Ostmitteleuropas in den Jahren 1386–1526]. In: Studia polono-danubiana et balcanica. Bd. 1. Hrsg. von H. Batowski. Kraków 1986 (Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego, Prace historyczne 80). – Russocki, Stanisław: Le „limes“ carolingien – confins des systèmes du pouvoir et de la domination. In: Quaestiones Medii Aevi. Bd. 3. Varsovie 1986. – Ders.: Mittelalterliche politische Nationen in Mitteleuropa. Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus (in Druck). – Ders.: Les structures politiques de l'Europe des Jagellons. Acta Poloniae Historica 31 (1979). – Ders.: The Parliamentary Systems in 15th Century Central Europe. In: Poland at the 14th International Congress of Historical Sciences in San Francisco 1975. Wrocław 1975. – Ders.: Lokale Ständeversammlungen in Ostmitteleuropa als Faktor der politischen Kultur (15.–18. Jh.). In: La Pologne au XV-e Congrès International des Sciences Historiques à Bucarest 1980. Wrocław 1980. – Ders.: Culture et institutions politiques et juridiques dans le Centre-Est de l'Europe des XV-e – XVI-e siècles. In: Etat et religion aux XV-e et XVI-e siècles. Actes du colloque à Bruxelles du 9 au 12 octobre 1984, publ. sous la dir. de W. P. Blockmans et H. van Nuffel. Bruxelles 1986. – Ders.: Probleme frühmoderner Staatlichkeiten in Polen und in deutschen Ländern. In: Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung: 22. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 16. bis 21. Mai 1989 (in Druck). – Schramm, Gottfried: Polen-Böhmen-Ungarn: Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der Neuzeit. Przegład Historyczny 76/3 (1985).